

Antworten an unser Schreiben an Bundestagsabgeordnete bzgl. der Annexionspläne Israels:

23.6.2020 Margarete Bause (Grüne)

25.6.2020 Bernhard Loos (CSU)

26.6.2020 Dr. Wolfgang Stefinger (CSU)

26.6.2020 Stephan Pilsinger (CSU)

29.6.2020 Bubendorfer-Licht (FDP)

29.6.2020 Florian Post (SPD)

Keine Antworten von AfD Abgeordneten

Margarete Bause

Betreff: AW: Annexionspläne der israelischen Regierung

Datum: 2020-06-23T09:46:11+0200

Von: "Bause Margarete" <margarete.bause@bundestag.de>

An: "paxchristi.muenchen@t-online.de" <paxchristi.muenchen@t-online.de>

Sehr geehrter Herr Pilgram,

Vielen Dank für Ihr Schreiben zur aktuellen Entwicklung im israelisch-palästinensischen Friedensprozess.

Die Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen sieht in der möglichen Entscheidung der neuen israelischen Regierung und des israelischen Parlaments, Teile des Westjordanlands zu annektieren, eine kritische Entwicklung. Das würde den israelisch-palästinensischen Konflikt in eine gefährliche neue Phase katapultieren. Ein solcher Schritt führt in eine Sackgasse und darf international nicht ohne Konsequenzen bleiben. Er wäre völkerrechtswidrig und gegen das Interesse sowohl der Israelis als auch der Palästinenser gerichtet, langfristig in Sicherheit und Frieden zu leben.

Wir haben mehrfach deutlich gemacht, dass wir die Zwei-Staaten-Lösung als derzeit einzig realistische und international konsensfähige Option zur Beilegung des Konflikts zwischen Israel und den Palästinensern sehen (Verweis auf Antrag?). Eine solche Lösung erlaubt die Verwirklichung der nationalen Aspirationen sowohl auf israelischer als auch auf palästinensischer Seite und damit den Fortbestand des Staates Israel als demokratischen Staat und - wie in der israelischen Unabhängigkeitserklärung beschrieben - nationale Heimstätte für das jüdische Volk zum Wohle aller seiner Bewohnerinnen und Bewohner. Dies beinhaltet auch die Schaffung eines souveränen und demokratischen Staates Palästina, dessen Lebensfähigkeit durch einseitige Annexionen gefährdet oder gar verhindert werden würde.

Als Grüne setzen wir uns engagiert für eine nachhaltige Lösung des Nahost-Konflikts ein. Denn wir stehen zur besonderen historischen Verantwortung Deutschlands gegenüber Israel. Die Fortsetzung der engen und freundschaftlichen Beziehungen und die Sicherheit Israels sind ein zentrales Anliegen deutscher Außen- und Sicherheitspolitik. Antisemitismus im In- und Ausland muss in allen seinen Facetten bekämpft werden. Die breite Koalitionsregierung der nationalen Einheit in Israel hat in den kommenden Wochen und Monaten die Chance, einen neuen Anlauf im Friedensprozess zwischen ihnen und den Palästinensern auf eine breite gesellschaftliche Grundlage zu stellen. Der von der US-Regierung am 28. Januar 2020 vorgelegte Plan zur Regelung des israelisch-palästinensischen Konflikts darf dabei nicht der einzige Bezugspunkt bleiben. Denn er trägt unserer Ansicht nach nicht dazu bei, eine verhandlungsbasierte Friedenslösung herbeizuführen. Deutschland und die EU, zusammen mit den USA, müssen sich jetzt für die Wiederaufnahme von Verhandlungen zur Regelung des Konflikts einsetzen in einem neuen multilateralen Rahmen.

Mit freundlichen Grüßen,
im Auftrag, Michael Bergius
Leitung Inhalt und Presse

Margarete Bause, MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-78480
Fax: +49 30 227-70480
margarete.bause@bundestag.de
www.margarete-bause.de
[www.fb.com/margarete.bause](https://www.facebook.com/margarete.bause)

www.twitter.com/MargareteBause

Bernhard Loos

Sehr geehrter Herr Pilgram,

haben Sie vielen Dank für Ihr Schreiben vom 19. Juni 2020, in dem Sie Kritik am Vorhaben der neuen israelischen Regierung äußern, Teile des Westjordanlands zu annektieren.

Lassen Sie mich zunächst sagen, dass wir als CDU/CSU-Fraktion eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit fortsetzen wollen. Diese basiert auf den besonderen und von der historischen Verantwortung Deutschlands gegenüber Israel geprägten Beziehungen.

Zugleich haben auch wir die wiederholt angekündigten Pläne der neuen israelischen Regierung, Teile des Westjordanlands unter israelische Hoheitsverwaltung zu stellen und damit faktisch zu annektieren, mit Sorge zur Kenntnis genommen.

Als CDU/CSU-Fraktion sind wir der festen Überzeugung, dass ein solcher einseitiger Schritt nicht nur internationalen Völkerrecht zuwiderlaufen, sondern auch die Aussicht auf eine verhandelte Zwei-Staaten-Lösung deutlich erschweren würde.

Als CDU/CSU-Fraktion werden wir auch weiterhin konsequent für die Sicherheit Israels als jüdischem und demokratischen Staat in sicheren Grenzen eintreten. Dies ist die logische Konsequenz aus unserer Überzeugung, dass die Sicherheit Israels Teil der deutschen Staatsräson ist.

Zugleich setzen wir uns für eine nachhaltige Aussöhnung mit den Palästinensern im Rahmen einer Zwei-Staaten-Lösung für zwei Völker ein, die ein friedliches Zusammenleben Seite an Seite in einem jüdisch-demokratischen Staat Israel und in einem souveränen, demokratischen und lebensfähigen palästinensischen Staat erlaubt.

Sowohl bilateral als auch innerhalb der Europäischen Union werden wir uns in Gesprächen mit unseren israelischen Partnern dafür einsetzen, dass die in Aussicht gestellte Annexion von Teilen des Westjordanlands nicht vollzogen, sondern weiterhin intensiv für eine verhandelte Zwei-Staaten-Lösung gearbeitet wird. Gleichwohl ist dieser Appell auch an die palästinensische Seite gerichtet. Die palästinensische Führung ist dazu aufgerufen, die interne Spaltung zu überwinden, die eigene demokratische Legitimation wieder herzustellen, jedweder Gewalt gegenüber Israel abzuschwören und sich ihrerseits auf echte Verhandlungen mit Israel für eine Zwei-Staaten-Lösung einzulassen.

Seien Sie versichert, dass dieses Thema auch weiterhin höchste Priorität für die CDU/CSU-Fraktion haben wird.

Mit freundlichen Grüßen

Bernhard Loos

Dr. Wolfgang Stefinger

Betreff: WG: Annexionspläne der israelischen Regierung

Datum: 2020-06-26T11:58:41+0200

Von: "Dr. Wolfgang Stefinger MdB" <wolfgang.stefinger@bundestag.de>

An: "paxchristi.muenchen@t-online.de" <paxchristi.muenchen@t-online.de>

Sehr geehrter Herr Pilgram,

haben Sie vielen Dank für Ihr Schreiben, in dem Sie Kritik am Vorhaben der neuen israelischen Regierung äußern, Teile des Westjordanlands zu annektieren.

Lassen Sie mich zunächst sagen, dass wir als CDU/CSU-Fraktion mit der neuen israelischen Regierung unter Führung von Ministerpräsident Benjamin Netanjahu und seinem bisherigen Herausforderer Benjamin Gantz die enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit fortsetzen wollen. Diese basiert auf den besonderen und von der historischen Verantwortung Deutschlands gegenüber Israel geprägten Beziehungen.

Zugleich haben auch wir die wiederholt angekündigten Pläne der neuen israelischen Regierung, Teile des Westjordanlands unter israelische Hoheitsverwaltung zu stellen und damit faktisch zu annektieren, mit Sorge zur Kenntnis genommen. Als CDU/CSU-Fraktion sind wir der festen Überzeugung, dass ein solcher einseitiger Schritt nicht nur internationalem Völkerrecht zuwiderlaufen, sondern auch die Aussicht auf eine verhandelte Zwei-Staaten-Lösung deutlich erschweren würde. Als CDU/CSU-Fraktion werden wir auch weiterhin konsequent für die Sicherheit Israels als jüdischer und demokratischer Staat in sicheren Grenzen eintreten. Dies ist die logische Konsequenz aus unserer Überzeugung, dass die Sicherheit Israels Teil der deutschen Staatsräson ist. Zugleich setzen wir uns für eine nachhaltige Aussöhnung mit den Palästinensern im Rahmen einer Zwei-Staaten-Lösung für zwei Völker ein, die ein friedliches Zusammenleben Seite an Seite in einem jüdisch-demokratischen Staat Israel und in einem souveränen, demokratischen und lebensfähigen palästinensischen Staat erlaubt.

Sowohl bilateral als auch innerhalb der Europäischen Union werden wir uns in Gesprächen mit unseren israelischen Partnern dafür einsetzen, dass die in Aussicht gestellte Annexion von Teilen des Westjordanlands nicht vollzogen, sondern weiterhin intensiv für eine verhandelte Zwei-Staaten-Lösung gearbeitet wird. Gleichwohl ist dieser Appell auch an die palästinensische Seite gerichtet. Die palästinensische Führung ist dazu aufgerufen, die interne Spaltung zu überwinden, die eigene demokratische Legitimation wieder herzustellen, jedweder Gewalt gegenüber Israel abzuschwören und sich ihrerseits auf echte Verhandlungen mit Israel für eine Zwei-Staaten-Lösung einzulassen.

Seien Sie versichert, dass dieses Thema auch weiterhin höchste Priorität für die CDU/CSU-Fraktion haben wird.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Wolfgang Stefinger

Dr. Wolfgang Stefinger
Mitglied des Deutschen Bundestages

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon (030) 227-73230
Telefax (030) 227-76230

Wahlkreis 219 München-Ost
Am Eicherhof 16
81929 München
Telefon (089) 41424500
Telefax (089) 414245010
wolfgang.stefinger@bundestag.de
www.wolfgang-stefinger.de

Stephan Pilsinger

Betreff: WG: Annexionspläne der israelischen Regierung

Datum: 2020-06-26T12:04:59+0200

Von: "Pilsinger Stephan" <stephan.pilsinger@bundestag.de>

An: "paxchristi.muenchen@t-online.de" <paxchristi.muenchen@t-online.de>

Sehr geehrter Herr Pilgram,

haben Sie vielen Dank für Ihr Schreiben vom 20.06.2020, in dem Sie Kritik am Vorhaben der neuen israelischen Regierung äußern, Teile des Westjordanlands zu annektieren.

Lassen Sie mich zunächst sagen, dass wir als CDU/CSU-Fraktion der neuen israelischen Regierung unter Führung von Ministerpräsident Benjamin Netanjahu und seinem bisherigen Herausforderer Benjamin Gantz gratulieren und die enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit fortsetzen wollen. Diese basiert auf den besonderen und von der historischen Verantwortung Deutschlands gegenüber Israel geprägten Beziehungen.

Zugleich haben auch wir die wiederholt angekündigten Pläne der neuen israelischen Regierung, Teile des Westjordanlands unter israelische Hoheitsverwaltung zu stellen und damit faktisch zu annektieren, mit Sorge zur Kenntnis genommen. Als CDU/CSU-Fraktion sind wir der festen Überzeugung, dass ein solcher einseitiger Schritt nicht nur internationalem Völkerrecht zuwiderlaufen, sondern auch die Aussicht auf eine verhandelte Zwei-Staaten-Lösung deutlich erschweren würde. Als CDU/CSU-Fraktion werden wir auch weiterhin konsequent für die Sicherheit Israels als jüdischem und demokratischen Staat in sicheren Grenzen eintreten. Dies ist die logische Konsequenz aus unserer Überzeugung, dass die Sicherheit Israels Teil der deutschen Staatsräson ist. Zugleich setzen wir uns für eine nachhaltige Aussöhnung mit den Palästinensern im Rahmen einer Zwei-Staaten-Lösung für zwei Völker ein, die ein friedliches Zusammenleben Seite an Seite in einem jüdisch-demokratischen Staat Israel und in einem souveränen, demokratischen und lebensfähigen palästinensischen Staat erlaubt.

Sowohl bilateral als auch innerhalb der Europäischen Union werden wir uns in Gesprächen mit unseren israelischen Partnern dafür einsetzen, dass die in Aussicht gestellte Annexion von Teilen des Westjordanlands nicht vollzogen, sondern weiterhin intensiv für eine verhandelte Zwei-Staaten-Lösung gearbeitet wird.

Gleichwohl ist dieser Appell auch an die palästinensische Seite gerichtet. Die palästinensische Führung ist dazu aufgerufen, die interne Spaltung zu überwinden, die eigene demokratische Legitimation wieder herzustellen, jedweder Gewalt gegenüber Israel abzuschwören und sich ihrerseits auf echte Verhandlungen mit Israel für eine Zwei-Staaten-Lösung einzulassen.

Seien Sie versichert, dass dieses Thema auch weiterhin höchste Priorität für die CDU/CSU-Fraktion haben wird.

Vielen Dank Ihnen und der ganzen PaxChristi-Bewegung für Ihren Einsatz für den Frieden!

Mit freundlichen Grüßen

Stephan Pilsinger
Mitglied des Deutschen Bundestages
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel. (Büro München): +49 (0) 89/ 139 38991 Tel. (Büro Berlin): +49 (0) 30 / 227 - 72520

Fax: +49 (0) 30 / 227 - 70520

www.stephan-pilsinger.de

Sandra Bubendorfer-Licht

Betreff: AW: Annexionspläne der israelischen Regierung

Datum: 2020-06-29T11:48:15+0200

Von: "Bubendorfer-Licht Sandra" <sandra.bubendorfer-licht@bundestag.de>

An: "paxchristi.muenchen@t-online.de" <paxchristi.muenchen@t-online.de>

Sehr geehrter Herr Pilgram,

haben Sie herzlichen Dank für Ihre Zuschrift an Frau Bubendorfer-Licht. Frau Bubendorfer-Licht bat mich, Ihnen zu antworten.

Als Mitglied des Innenausschusses ist sich Frau Bubendorfer-Licht sicher, dass Sie eine fachlich qualifizierte Antwort von unseren Abgeordneten im Auswärtigen Ausschuss sowie im Europaausschuss erhalten werden. Daher würden wir Ihnen empfehlen sich mit ihrem Anliegen an einen der dortigen Fachpolitiker der Freien Demokraten zu wenden. Eine Auflistung über die Zugehörigkeit finden Sie unter www.fdpbt.de.

Mit freundlichen Grüßen

i.A. Tobias Bauschke

Büroleiter

Florian Post

Betreff: Ihre Zuschrift zu den Israelischen Annexionsplänen

Datum: 2020-06-29T12:27:34+0200

Von: "Post Florian" <florian.post@bundestag.de>

An: "paxchristi.muenchen@t-online.de" <paxchristi.muenchen@t-online.de>

Sehr geehrter Herr Pilgram,

herzlichen Dank für Ihr Schreiben zu der vom israelischen Ministerpräsidenten angekündigten Annexion von Teilen des Westjordanlandes und den möglichen Folgen für die regionale Stabilität, die wir mit größter Sorge verfolgen. Als der für Ihren Wahlkreis zuständige sozialdemokratische Abgeordnete antworte ich Ihnen gerne, auch im Namen meiner Kolleginnen und Kollegen.

Die besonderen Beziehungen Deutschlands zu Israel sind für uns auch Auftrag, uns für eine friedliche Lösung des Nahost-Konflikts einzubringen. Trotz aller Schwierigkeiten sind wir davon überzeugt, dass der einzige Weg, der dauerhaft Frieden bringen und die berechtigten Erwartungen beider Seiten erfüllen kann, eine zwischen Israel und den Palästinensern verhandelte Zwei-Staaten-Lösung ist. Sie ist und bleibt der Grundpfeiler unserer Nahostpolitik, so wie wir es auch im Grundsatzprogramm der SPD festgeschrieben haben.

Es gibt keine politische Alternative zu einer Zwei-Staaten-Lösung, die den demokratischen Charakter Israels bewahrt und das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser respektiert. Wir setzen uns für die Zwei-Staaten-Lösung ein, mit dem endgültigen Ziel eines unabhängigen und lebensfähigen palästinensischen Staates, Seite an Seite in Frieden und Sicherheit mit Israel.

Gleichzeitig teilen wir - wie die überwältigende Mehrheit der internationalen Gemeinschaft und wie auch Sie es zur Sprache bringen - die Einschätzung, dass der fortgesetzte Siedlungsbau gegen das Völkerrecht verstößt und eine Friedenslösung zunehmend schwieriger macht. Der von der Trump-Administration vorgelegte Plan "Vision for Peace" sowie die Verlegung der US-Botschaft nach Jerusalem haben die Bemühungen um eine friedliche Lösung des Nahostkonflikts ebenfalls zurückgeworfen. Die von der neuen israelischen Regierung diskutierten Pläne einer Annexion von Teilen des Westjordanlandes verstoßen ebenfalls gegen das Völkerrecht. Grenzen können nur als Ergebnis von Verhandlungen und im Einvernehmen beider Seiten verändert werden. Alle Verhandlungen über ein Endstatusabkommen müssen auf der Grundlage von Völkerrecht und den relevanten Resolutionen der Vereinten Nationen stattfinden.

Daher setzen wir uns, wie dies auch Bundesaußenminister Heiko Maas bei seinen Gesprächen mit der israelischen, palästinensischen und jordanischen Regierung am 10.06.20 deutlich gemacht hat, für die Wiederaufnahme direkter Verhandlungen zwischen Israelis und Palästinensern ein und sind bereit, diesen Weg gemeinsam mit unseren Partnern zu unterstützen.

Freundliche Grüße

Florian Post

Florian Post, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel. +49 - (0) 30 - 227 - 73582

Fax +49 - (0) 30 - 227 - 76584

Mail: florian.post@bundestag.de

www.florian-post.de

Bürgerbüro:
Belgradstraße 15a
80796 München

Tel. +49 - (0)89 - 189 465 - 38
Fax +49 - (0)89 - 189 465 - 39